

Alternative Wege zu friedlichem Zusammenleben: Die Friedensgemeinde San José de Apartadó in Kolumbien

Anna Manconi, Peace Brigades International

Im März 2015 feierte die Friedensgemeinde von San José de Apartadó ihr 18-jähriges Bestehen. Inmitten des bewaffneten Konflikts im Norden Kolumbiens ist sie zu einem Symbol für friedlichen Widerstand und alternative Lebensweisen geworden. Auch Frauen haben die Geschichte der Friedensgemeinde geprägt.

Seit Jahrzehnten lebt die Bevölkerung von San José de Apartadó inmitten des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Wirtschaftliche Interessen und die militärstrategisch wichtige Lage von Urabá im Nordwesten des Landes haben diese Region in einen Schauplatz zahlreicher Gefechte verwandelt. Seit den 1970er Jahren kommt es zu Konflikten zwischen der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und anderen Guerillas um die Region. Der Konflikt eskalierte 1996 mit dem Eindringen paramilitärischer Gruppen und führte zu zahlreichen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung.

In den 1980er und 1990er Jahren wurden Hunderte von Personen aus politischen Gründen massakriert. 1996 flohen einige Familien und liessen sich aus Protest gegen die Gewalt in der Stadt Apartadó nieder. Die kol-



Der Eingang zur Friedensgemeinde

lumbianische Regierung verhandelte bald über die Rückkehr der Familien auf ihr Land. Kurz darauf wurden jedoch die engagiertesten Mitglieder des Widerstands ermordet. Dies motivierte die Überlebenden 1997 dazu, die

„Comunidad de Paz de San José de Apartadó“ zu gründen.

Die Friedensgemeinde wollte sich in dieser komplizierten Lage als „neutral“ positionieren. Nach weiteren Gewaltexzessen an den BewohnerInnen erklärten sie ihr Gebiet schliesslich zu einer „Humanitären Zone“, die auch völkerrechtlich anerkannt ist. Die BewohnerInnen der Gemeinde verpflichteten sich u. a. dazu, auf Waffen, Alkohol und den Anbau von Drogen zu verzichten, keine Partei im Konflikt zu ergreifen und keiner Gruppe Informationen zu liefern. Die Bäuerinnen und Bauern leben als SelbstversorgerInnen hauptsächlich von den Früchten ihres Landes. Einige Produkte wie Kakao-Butter verkaufen sie im Rahmen von fairem Handel.

Die Entwicklung der Gemeinde zu einem neutralen Raum wurde jedoch nicht nur positiv aufgenommen: Seit ihrer Gründung wurden mehr als 200 Mitglieder ermordet. Im Namen der Gemeinde wurden über 750 Anzeigen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht. Neben den Guerrillas und den Paramilitärs ist laut der Friedensgemeinde der Staat für 90% der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Den grössten Schlag versetzte der Gemeinde das Massaker vom 21. Februar 2005. Bei dieser Operation des Militärs wurden acht Menschen getötet. Anschliessend wurden ihre Leichen verstümmelt. Unter den Opfern waren einer der Gründer der Friedensgemeinde, Luis Eduardo Guerra und drei kleine Kinder. Auch nach vielen Jahren wartet die Gemeinde auf Aufklärung dieser Fälle. Zwar wurde der befehlshabende Offizier zu 20 Jahren Haft verurteilt, der Grossteil der Täter jedoch freigesprochen oder gar nicht angeklagt. So bleibt ihr Ruf nach Gerechtigkeit ungehört.

Da die Friedensgemeinde seit ihrer Gründung Aggressionen ausgesetzt ist, wird sie seit 1999 von Peace Brigades International (PBI) begleitet. PBI arbeitet nur auf Anfrage und schützt Menschenrechtsorganisationen durch eine Kombination aus internationaler Begleitung durch Freiwilligenteams und internationaler Advocacy-Arbeit. Zurzeit sind zwei Schweizer Freiwillige für PBI während eineinhalb Jahren im Einsatz in Kolumbien. Die Freiwilligen besuchen die Friedensgemeinde regelmässig.

Tanja Vultier, Freiwillige aus Basel, erzählt von der Feier zum 18-jährigen Bestehen der Gemeinde: „Alle sind Bäuerinnen und Bauern, die zu ihrem Unglück in einem der ressourcenreichsten Gebiete von Kolumbien leben und deswegen sehr vielen wirtschaftlichen Interessen im Weg stehen. Mir wird schwer ums Herz und ich erinnere mich, dass ich genau deswegen hier bin: Um dazu beizutragen, dass in Zukunft hoffentlich keine Listen mit Namen [der Toten] mehr geschrieben werden müssen.“

Obwohl die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte für die Friedensgemeinde Schutzmassnahmen angeordnet hat, wurden von der kolumbianischen Regierung nach wie vor keine konkreten Massnahmen zum Schutz der Gemeinschaft ergriffen. Sie bleiben auf Hilfe von aussen angewiesen.

Die mutigen Frauen von San José de Apartadó

Auch Frauen spielen im Widerstand von San José de Apartadó eine wichtige Rolle. Im Komitee der Friedensgemeinde sind zwei Frauen vertreten:



Doña Brigida mit PBI-Freiwilligen

Ruby Arteaga, die Nichte von Luis Eduardo Guerra, und Maria Brígida Gonzáles, Mitgründerin der Friedensgemeinde und Verantwortliche für den Bereich Kunst und Kultur. Die 66-jährige Doña Brigida setzt sich seit Langem für die Rechte der Frauen ein und will mit ihrer Kunst das historische Gedächtnis der Gemeinde erhalten.

Auch Doña Brigidas persönliche Geschichte ist von Gewalt geprägt. Bei einem Massaker an Weihnachten 2005 verlor sie ihre 15-jährige Tochter und ihre schwangere Schwiegertochter. Diese Verluste sowie den Tod vieler Mitglieder der Gemeinde, die über Jahre gewaltfrei gekämpft haben, verkraftet sie nur schwer. Dennoch ist sie überzeugt, dass sie ihre Arbeit weiterführen muss. Denn sie träumt von einem Leben in Frieden und davon, dass die Gemeinde eines Tages wieder auf ihre Felder zurückkehren kann.

Das Vertrauen in das kolumbianische Rechtssystem hat sie verloren. „Ich würde keine finanzielle Entschädigung der kolumbianischen Regierung annehmen. Menschenleben kann man nicht mit Geld aufwiegen.“ Aber sie gibt die Hoffnung nicht auf, dass sich die Friedensbotschaft der Gemeinde verbreitet: „Wir sind das Beispiel für gelebten Frieden, wir brauchen keine Verträge und keine Waffen.“

Aktuelle politische Situation

In Kolumbien zeichnen sich verschiedene Schritte in Richtung Beendigung des bewaffneten Konflikts ab. Seit 2012 gibt es Friedensverhandlungen zwischen dem Staat und der FARC, die bereits weit fortgeschritten sind. Seit kurzer Zeit ist Kolumbien auch mit dem ELN (Nationale Befreiungsarmee) im Gespräch. Das Problem der Paramilitärs bleibt jedoch ungelöst, da der Staat zurzeit nicht mit ihnen verhandelt. Und eines scheint für die Opfer des Konflikts in weiter Ferne: Gerechtigkeit. Auf Grund der weit verbreiteten Straflosigkeit, insbesondere, wenn Angehörige des Militärs oder wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Der Weg zu einem spürbaren Frieden vor Ort ist also noch weit.